

„ Sie gehen schrittweise vor.

Andreas Schedler, Politikwissenschaftler, über die Strategie von autoritären Politikern bei der Abschaffung von Demokratien – siehe den Artikel auf dieser Seite

Übrigens

Sabine Lohr über die regelmäßigen Mahnwachen für Raif Badawi



Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit

Es war ein Bericht von Amnesty international, der im Januar 2015 gleich mehrere Tübinger elektrisierte. Nur zwei Tage, nachdem islamistische Terroristen die Redaktion der französischen Satirezeitung Charlie Hebdo hingerichtet hatten, wurde im saudi-arabischen Dschidda Raif Badawi öffentlich ausgepeitscht, weil er sich für Meinungsfreiheit und Menschenrechte eingesetzt hatte.

Christopher Gohl, Mitarbeiter am Weltethos-Institut in Tübingen und FDP-Bundestagskandidat, war entsetzt und zunächst, wie er damals dem TAGBLATT berichtete, auch hilflos. Dann hörte er von der Aktion des bayerischen FDP-Landesvorsitzenden Albert Duin. Der war in die saudische Botschaft in Berlin gegangen, um einen Teil der Prügelstrafe für Raif Badawi zu übernehmen. Gohl startete einen Aufruf: „Schlagt uns statt Raif!“

Zwei Tage später erschien im TAGBLATT ein Leserbrief des unermüdeten für Gerechtigkeit streitenden Max Steinacher, der zu einer wöchentlichen Mahnwache in Tübingen aufrief – jeden Freitag. Denn jeden Freitag sollte Badawi ausgepeitscht werden, mit jeweils 50 Schlägen. Am folgenden Freitag kamen 40 Tübinger zu dieser Mahnwache. Sie kamen Woche für Woche wieder.

Die Gruppe ist bewundernswert ausdauernd: Heute ist die 131. Tübinger Mahnwache für Raif Badawi. „Wir würden gerne damit aufhören“, sagte Gohl gestern beim Pressegespräch mit Badawis Frau Ensaf Haidar. Aber aufhören würden sie nur, wenn Badawi endlich freikommt.

Mit der Mahnwache allein ist es der Gruppe aber längst nicht getan. Sie reiste ein Jahr nach der öffentlichen Auspeitschung nach Berlin, um vor der saudischen Botschaft zu demonstrieren und Unterschriftenlisten zu übergeben. Und auch vor dem saudischen Generalkonsulat in Frankfurt protestierten die Tübinger.

Hilft das was? Beeindruckt eine wöchentliche Mahnwache in Tübingen den saudi-arabischen König Salman irgendwie? „Die Regierung meines Landes bekommt alles mit“, ist sich Haidar sicher. Die Behörden in Saudi-Arabien wissen also vermutlich von den Protesten in Tübingen und anderswo. Zumal sich auch Außenminister Sigmar Gabriel wegen Badawi ans saudische Königshaus gewandt hat.

Haidar geben die Mahnwachen Hoffnung, dass ihr Heimatland vielleicht doch einmal einlenkt. Vor allem aber geben sie ihr die Kraft, weiterzukämpfen. Und Badawi selbst stärken die Mahnwachen ebenfalls, sagt sie.

„Erst, wenn Badawi ein Vorbild saudi-arabischer Kinder ist, wird auch die Region aufhören, religiösen Terror zu exportieren“, ist sich Gohl sicher. Auch dafür stehen er und alle die anderen jede Woche – inzwischen immer samstags – auf der Kirchentreppe. Je mehr Menschen sich dazugesellen, desto größer ist auch die Chance, auf König Salman einzuwirken. Und desto größer ist die Hoffnung für Badawi.

Heute ist wieder eine Gelegenheit, mit zu protestieren. Badawis Frau wird bei der Mahnwache dabei sein. Beginn ist um 11 Uhr.



Wer die Rechtsstaatlichkeit verlässt, ist nicht solidarisch, sagte Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn (links) am Donnerstagabend in der Alten Aula über die Kooperation in der EU – im Gespräch mit den Politikern Andreas Schedler und Oliver Schlumberger (Mitte). Bild: Franke

Demokratie nicht mehr sicher

EU-Politik Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn war auf Tübingen-Besuch. Für Europa erwartet er neue Impulse nach der Bundestagswahl. Von Dorothee Hermann

Jean Asselborn ist bekannt für offene Worte. Am Donnerstagabend war der luxemburgische Außenminister, seit 2014 zudem Minister für Immigration und Asyl, Ehrengast beim Auftakt der „Tübinger Demokratiegespräche“. Der 68-Jährige gehört der Sozialistischen Arbeiterpartei seines Landes an. Mit der Veranstaltungsreihe wollen Tübinger Politikwissenschaftler über „Substanz und Zukunft der Demokratie“ nachdenken, die unter Druck zu geraten scheine, so Prof. Oliver Schlumberger vor 140 Zuhörern in der Alten Aula. „Was können wir tun? Als Bürger, als Wissenschaftler, als demokratische Staaten?“

Asselborn ist eben aus Kuba zurückgekehrt, wo der Dialog über Menschenrechte „sehr schwierig“ sei. „Steigt man aus dem Flugzeug, erfährt man, was in Ungarn los ist. Die Justiz ist dort nicht unabhängig. Die Pressefreiheit besteht nicht mehr.“ Auch in Polen seien Justiz und Presse „blockiert“, kritisierte der Minister. Die politische Macht

liege in den Händen von Ex-Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski. All das macht Asselborn wütend: „Europa ist ein Konstrukt, das Sorgfalt verlangt. Das darf nicht kaputtgemacht werden.“

Von der Bundestagswahl im September erwartet der Luxemburger nicht, dass sich die Beziehung Deutschlands zur Europä-

„Europa ist ein Konstrukt, das Sorgfalt verlangt.“

Jean Asselborn, Außenminister

schen Union (EU) danach ändert: „Egal, ob der eine oder der andere gewinnt.“ Nach der Wahl müssten die EU-Länder sich zusammensetzen und überlegen, „was wir für Europa wollen“. Wer das nicht will, solle „auf Kriechspur“ gesetzt werden. Asselborn ist überzeugt, dass in Zukunft bei der europäischen Finanzplanung auch Werte-Kriterien eine Rolle spielen, und es nicht

heißt: „Du bist jetzt EU-Mitglied. Egal, was du machst, das Geld fließt.“ Wenn die EU als Solidargemeinschaft und Friedensprojekt bestehen solle, „kann man diese Solidarität nicht wie eine Wurst in Stücke schneiden“ – aufgespalten in Finanzen, Sicherheit, Migration. „Wenn man die Rechtsstaatlichkeit verlässt, ist man nicht solidarisch.“

Als der luxemburgische Sozialist 2004 Außenminister wurde, sah die Welt hoffnungsvoller aus, sagte er. Der Irakkrieg war beendet: „Man hoffte, es entsteht Stabilität.“ Damals dachte der Außenpolitiker, 2015 wären alle Balkanstaaten in der EU. Zwischen Russland und den USA habe Tauwetter geherrscht. Nun sind die Gespräche seit Jahren ausgesetzt. „Eine Verkrampfung zwischen den USA und Russland schadet immer der EU.“

Als Politiker, der sich „dauernd im Getümmel der Außenminister“ bewegt, fand Asselborn es „erfrischend“, in Tübingen mit Menschen aus der Zivilgesellschaft zusammenzutreffen.

Der Demokratie- und Autoritarismusforscher Prof. Andreas Schedler sagte, die Welt sei demokratischer als noch vor 40 Jahren. Dennoch seien Demokratien mit der „Aushöhlung durch illiberale Regierungen“ konfrontiert. „Sie gehen schrittweise vor“, so Schedler. Zunächst sicherten sie sich eine parlamentarische Mehrheit, entmachteten dann den obersten Gerichtshof und gingen schließlich gegen Zivilgesellschaft und Medien vor, sagte Schedler mit Bezug auf Ungarn und Polen. US-Präsident Donald Trump zeige, „dass Demokratie nicht einmal in ihrem Geburtsland mehr sicher ist“.

Schedlers Einschätzung nach „übersieht die Europäische Union gern Trends der demokratischen Erosion“ und arrangiert sich mit Regimen. Beispielsweise für Syrien „galt lange der Grundsatz: Jedes Regime ist besser als kein Regime“. Beliebteste Entwicklungshelferpartner in Afrika seien Äthiopien, Uganda und Ruanda, allesamt „fest installierte Wahlauskarten“.



OB DA genug mitwollen...

Protest gegen unmenschlichen Umgang

Abschiebung Die vierköpfige Familie Meti mit chronisch krankem Familienvater und zwei schulpflichtigen Söhnen wurde von Tübingen nach Albanien abgeschoben.

Tübingen. Dem schriftlichen Bericht der Mutter Floresha Meti zufolge – das Schreiben liegt der Redaktion in albanisch-deutsch vor – überraschten die Polizeibeamten die Familie mit zwei halbwüchsigen Söhnen und dem psychisch kranken Vater im Schlaf. Sie kamen am Dienstag in den frühen Morgenstunden in die Tübinger Unterkunft der Metis. Ihr Mann Sokol, so Floresha Meti, stehe unter dem Einfluss starker Medikamente und habe wachgerüttelt werden müssen. Man musste ihm beim Anziehen helfen – das übernahm ihr Sohn Kristjan, der gerade mit einem Besuchervisum in Tübingen gewesen sei.

Die Familie wurde erst zur Polizeiwache nach Tübingen, dann gegen 4 Uhr früh nach Reutlingen gebracht. Von dort ging's zum Flughafen nach Frankfurt. Um 11.10 Uhr landeten die Metis – in Begleitung von einer Frau und einem Mann – in der albanischen Hauptstadt Tirana. Obwohl alles korrekt abgelaufen sei, sagt die 37-jährige Flo-

resha Meti: „Es war so furchtbar, wie man es nur in Filmen sieht.“

Gestern veröffentlichten der Arbeitskreis Flüchtlingshilfe im Französischen Viertel und der Verein „Menschen.rechte Tübingen“ eine Presseerklärung, in der sie gegen die Abschiebung der Metis protestieren. Der Asylantrag der Familie wurde zwar im Herbst 2016 rechtskräftig abgelehnt, so Andreas Linder. Doch weil der 43-jährige Familienvater einen akuten psychotischen Schub hatte und stationär in der Psychiatrie behandelt werden musste, wurde eine Abschiebung zunächst ausgesetzt (wir berichteten). Kurz nach seiner Entlassung drängte das zuständige Regierungspräsidium (RP) Karlsruhe erneut zur „freiwilligen Ausreise“ und behauptete, Sokol Meti sei „reisefähig“.

Dies wurde durch einen niedergelassenen Psychiater und ein weiteres fachärztliches Gutachten zwar dementiert. Aber es brachte der Familie nach einer versuchten Abschiebung im März immerhin

ein wenig Zeit – die Abschiebung wurde daraufhin ausgesetzt, und die Familie erklärte sich per Unterschrift zur Rückkehr nach Albanien bereit, sobald es Sokol Meti besser gehe.

Anfang April, berichtet Linder, wurde der Familienvater von einer Amtsärztin untersucht. Danach habe aber weder die Familie Meti noch der zuständige Facharzt Kenntnis vom Ausgang der Untersuchung erhalten. „Wir hätten schon erwartet, dass die Familie irgendetwas schriftlich bekommt“, sagt Linder. Dass die Familie offensichtlich im Unklaren gelassen wurde, bis die Abschiebung vollzogen war, kommentiert Linder mit den Worten: „Das ist ein völlig unangemessener und letztlich unmenschlicher Umgang mit Menschen, die in Deutschland Schutz gesucht haben, insbesondere mit dem schwer psychisch kranken“ Sokol Meti, der auf die regelmäßige Einnahme hoch dosierter Medikamente angewiesen sei.

Der Verein „Menschen.rechte

Tübingen“ und der Unterstützerkreis betreuen die Familie seit Juni 2015. Sie kam vor allem nach Deutschland, weil der 15-jährige Sohn eine chronische Hautkrankheit hatte, die hier in Tübingen mit speziellen Medikamenten erfolgreich therapiert werden konnte. Diese Medikamente, so Linder, seien in Albanien weder zu bekommen noch bezahlbar für die Familie. Über den Solifonds Perspektiven und Spenden kamen für die Familie zur Finanzierung der Medikamente und zur Weiterbehandlung in Albanien insgesamt 2000 Euro zusammen.

Da der Familienvater aber wegen seiner Krankheit arbeitsunfähig ist und Metis zur Roma-Minderheit gehören, seien sie in ihrer Heimat „massivem sozialen Elend ausgesetzt“. Die Unterstützer wenden sich daher an die Tübinger Bevölkerung und rufen zu Spenden auf: „menschen.rechte tübingen e.V.; Volksbank Tübingen; IBAN: DE94 6419 0110 0308 1020 10; BIC: GENODESITUE. Christiane Hoyer